

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Wochenabgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Voll und Teufel“ und „Kinderfreund“, „Jugend“, „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenzimmer“, „Lehmit“, „Bild in die Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einwöchige Konkrete Wochenschrift 80 Pfennig, Reklameweile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das jetzige Blatt 25 Pfennig (jährlich 2,50 M. jetzige Blatt 12 Pfennig, jedes weitere Blatt 10 Pfennig, jedes weitere Blatt 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigenmarkt 10 Pfennig, 20 Pfennig, 30 Pfennig, 40 Pfennig, 50 Pfennig, 60 Pfennig, 70 Pfennig, 80 Pfennig, 90 Pfennig, 1,00 M. im Hauptpreisblatt. Anzeigenmarkt 2. wöchentlich, von 8 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Berliner-Verlag: Köpenicker Straße 237-239, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37558. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 8

Frankreichs Ansprüche.

Wieviel soll Deutschland aufbringen?

Paris, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

Angeht die Spannung, mit der die französische Öffentlichkeit den kommenden Räumungsverhandlungen entgegensteht, mehren sich in der Presse die Kombinationen und Versuchsbildungen, die samt und sonders den Tatsachen stark voraussehen. Das läßt sich insbesondere von einer Meldung des „Intransigeant“ sagen, nach der im Ministerrat vom Dienstag der Außenminister Briand einen langen Bericht über die „in diesem Augenblick“ gepflogenen Besprechungen erstattet haben soll. Nach der gleichen Quelle soll Poincaré bereits die Zustimmung des Kabinetts erlangt haben, Frankreichs Gesamtforderung für die Regelung an Reparationen auf 30 Milliarden Goldmark festzusetzen, und mitgeteilt haben, daß die von der Sechserkonferenz vorgesehene Finanzkommission nach einer zwischen Deutschland und Frankreich getroffenen Vereinbarung im Dezember in Paris zusammenzutreten wird. Hierzu ist zunächst zu sagen, daß die in Genf beendeten Verhandlungen

noch keineswegs eingeleitet

haben. Dazu bedarf es, wie das betreffende Blatt selbst feststellt, eines offiziellen Schrittes der deutschen Regierung. Da der deutsche Vorkämpfer v. Hoesech erst Ende nächster Woche auf seinen Posten zurückkehrt, kann also frühestens zu diesem Datum mit der Einleitung der Vorverhandlungen gerechnet werden.

Auch die Meldung von den 30 Milliarden, die Frankreich zu verlangen gedenkt, ist mit Vorsicht aufzunehmen. Die Forderungen Frankreichs sind in den letzten Reden Poincarés zum erstenmal dahin umrissen worden, daß Deutschland die Zahlung der französischen Schuld an die Alliierten zu übernehmen und darüber hinaus einen „anständigen Beitrag zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden“ zu leisten habe. Poincaré hat nichts von der vollen Rückerstattung der für die Kriegsschäden aufgewandten Kosten erwähnt, aber selbst wenn man das annehmen wollte, wäre der Betrag von 30 Milliarden zu hoch gegriffen. Was die Schulden an die Alliierten betrifft, so beziffert sich ihr Gegenwärtiger Wert auf 1,7 Milliarden Dollar für Amerika und 223 Millionen Pfund für England, das sind

rund 11,5 Milliarden Goldmark.

Rechnet man hierzu noch die Gesamtheit der rund 90 Milliarden Franken, die Frankreich tatsächlich für seinen Wiederaufbau aufgebracht hat, so würde sich die französische Gesamtforderung auf etwa 25 Milliarden Mark belaufen. Selbstverständlich handelt es sich hier nur um die französische Verhandlungsbasis, und diese Summe dürfte fraglos im Laufe der Verhandlungen noch erhebliche Modifikationen erfahren. (Frankreichs Reparationsanteil wurde bisher auf 55 Proz. der Gesamtsumme festgesetzt. Red. des „Vorw.“)

Das Hungerland.

Der Streik im Waldenburger Glendgebiet.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Waldenburg, 3. Oktober.

Aus den fruchtbaren Ebenen bei Biegnitz und Breslau zieht sich die Eisenbahn pustend und stöhnend in das herbstliche Waldenburger Bergland hinein. Die Landwirtschaft, die der reichen schlesischen Ebene ihr Gepräge gibt, hört hier auf. In den Bergen drängen sich ruhige Fabriken und unzählige Werkstätten, sitzen seit altersher Glasindustrie, Keramik und Textilgewerbe. Im Tal ist der Bergbau zu Hause. Düster und starr recken sich seine Wurzeln, schwarze Fördergestelle, in die ruhige Luft. In diesem klassischen Industriegebiet, dichter bevölkert als die Industriegegenden in Rheinland und Westfalen, streiten seit Dienstag 27 000 Bergleute. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 15 Proz., die von den Bergherren abgelehnt wird.

Wir wissen, der niederschlesische Bergbau ist, wenn er auch die beste Kohle Deutschlands fördert, nicht auf Rosen gebettet. Die Flöze liegen, verglichen mit denen in Oberschlesien und Westfalen, äußerst schlecht. Sie stehen unter starkem Gebirgsdruck, und der gefährteste Staubanfall ist bei der Kohलगewinnung äußerst groß. Der niederschlesische Bergbau hat — das sei ohne weiteres zugegeben — gerade nach dem Krieg, nach der Zerschlagung wichtiger Absatzgebiete, heute doppelt schwer zu kämpfen. Deshalb ist der Kampf, der gegenwärtig im Waldenburger und Neuroder Revier geführt wird, vor allem wirtschaftspolitisch zu werten. Diesem Revier muß Hilfe gebracht werden, aber zuvor ist der notleidenden Industriebevölkerung in den schlesischen Bergen zu helfen. Hungerland hat man dieses Revier schon vor dem Kriege genannt, und Hungerland ist dieses Revier noch heute. Wir haben uns in den Jahren nach dem Kriege, in den Jahren einer fürchterlichen Wohnungsmisere, an Wohnungsnot und Wohnungselend gewöhnt. Wir kennen die Glendquartiere in den deutschen Großstädten, in Berlin und in den traurigen Mietskasernen Rheinlands und Westfalens. Man ist abgestumpft. In Waldenburg aber wird angesichts der Wohnungsmisere jeder auf neue und aufs tiefste erschüttert. Hier ist die Wohnfrage eine Lohnfrage. Blasse Gesichter und unterernährte Körper zeugen von beispiellosem Elend. Wir haben selbstverständlich für die wirtschaftlichen Nöte der Industrie dieses Gebietes volles Verständnis, aber wer bringt angesichts dieses Hungerlandes den sozialen Mut auf, dieser notleidenden Bergarbeiterbevölkerung die beschriebene Lohnerhöhung von 15 Proz. zu bestreiten? Die Erfüllung der Bergarbeiterforderung ist eine soziale Notwendigkeit. Sie darf keinen Tag auf sich warten lassen.

Vor uns liegt ein statistischer Jahresbericht der Gemeinde Waldenburg. Danach sind 25 Proz. der Schuljugend tuberkulös, 30 Proz. zeigen Zeichen von Skrofule, 1,9 Proz. haben Verkümmungen der Wirbelsäule und 32 Proz. zeigen Verkümmungen der Schilddrüse. Untersuchungen wurden 6133 Kinder in den Volks- und 1815 in den Berufsschulen. Man hat kranken Kindern eine Aufforderung an die Eltern ausgehändigt, sie unverzüglich ärztlicher Behandlung zuzuführen. Der amtliche Bericht muß aber feststellen, daß dieser Aufforderung in vielen Fällen nicht entsprochen wurde. Schuld daran war die wirtschaftliche Not und der Mangel an kostenärztlicher Versorgung bei den Familienangehörigen der im Bergbau beschäftigten Arbeiter. Nach einer anderen Statistik waren von den untersuchten Kindern 30,6 Proz. krank, 8,8 Proz. der untersuchten Kinder blieben ohne erstes Frühstück, 9 Proz. ohne zweites Frühstück und 6,2 Proz. konnte kein warmes Mittagessen gegeben werden. Auf das Vesperbrot mußten 35 Proz. verzichten. Ohne Abendbrot gingen 4,9 Proz. ins Bett, 3,2 Proz. dieser Kinder hatten kein Schuhwerk und 3,3 Proz. verfügten über keine Strümpfe. Bei 20,7 Proz. konnte festgestellt werden, daß zu Hause nur einmal Bettwäsche vorhanden war. 5,5 Proz. mußten ohne Bettwäsche auskommen. Für 2,1 Proz. vermerkt die erbarmungslose Statistik, daß überhaupt kein Hemd vorhanden war, und 21,4 Proz. blieben bei fürchterlicher Winterkälte ohne schützenden Mantel. 16 Proz. dieser untersuchten Kinder hausen in Wohnungen, die in einem Raum mehr als fünf Personen beherbergen, und 9,6 Proz. mußten — Proletarierjugend, Proletarierlos — mitverdienen helfen.

Schließen wir diese Glendstatistik mit einem Zitat aus einer Denkschrift, in der der Magistrat der Stadt Waldenburg sagt:

„Die Löhne reichen mit knapper Not für Familien mit höchstens 1 bis 2 Kindern bei voller Gesundheit aller Familienmitglieder. Wo dann aber infolge längerer Arbeitslosigkeit die normalen Einkünfte gesenkt haben oder bei Krankheitsfällen unvorhergesehene Ausgaben entstanden sind, herrschen Notstände, die es den betreffenden Familien kaum noch ermöglichen, auch bei wiedererlangendem normalen Verdienst in geordnete Verhältnisse zu kommen. Es gehört zu den alltäglichen Vorkommnissen, daß auf Anträge auch der Vollverdiener aus Wohlfahrtsmitteln für Mietrückstände eingetretet werden muß, um sonst unvermeidliche Räumungsflagen

Die Kommunalwahlen vertagt.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten im Ausschuss beschlossen.

Der Landtagsausschuss für Gemeindeangelegenheiten befaßte sich in seiner Sitzung am 3. Oktober bereits mit der vom Landtag überwiesenen Gesetzesvorlage zur Festsetzung der Wahlen zu den Kreis- und Provinziallandtagen. Er beschloß am Ende seiner sehr ausgedehnten Debatte mit 16 gegen 18 Stimmen, die Vorlage des Staatsministeriums dahingehend abzuändern, daß die Wahlen nicht bis 31. Dezember 1928, sondern bis 1. Oktober 1929 stattfinden haben. Mit derselben Mehrheit wurde auch ein Antrag der Demokraten durch die Volkspartei dahingehend abgeändert, daß das Gesetz zur Festsetzung der Gemeindevahlen vom 18. April 1925 dieselbe Forderung enthält, angenommen. Gegen die Sozialdemokraten und ausnahmsweise auch die Kommunisten stimmten alle bürgerlichen Parteien für diese Hinausschiebung des kommunalen Großwahltages.

Für die Sozialdemokraten sprach sich zunächst der Genosse Haas mit aller Schärfe für die kommunale Großwahl am 2. Dezember d. J. aus. Er begrüßte die in diesem Sinne gehaltene Vorlage der Regierung.

Nachdem noch einmal der Genosse Harnisch-Neukölln die

unbedingte Notwendigkeit einer baldigen Wahl unterstrichen hatte, nahm der Genosse Leinert das Wort zu grundsätzlichen Ausführungen. Er hob besonders hervor, daß mit dem Inkrafttreten der bereits verlängerten Legislaturperiode der Gemeindevertretungen endlich Schluß gemacht werden muß und bewies an Hand von Beispielen, daß die Gemeinden heute einfach nicht in der Lage seien, ihre Verwaltungen im notwendigen Maße zu besetzen. (Gefeh der Zweidrittelmehrheit.) Dieser Zustand muß durch baldige Neuwahl geändert werden. Es geht weiter nicht an, daß den über 1,2 Millionen Einwohnern der ehemaligen Gutsbezirke das kommunale Wahlrecht länger vorenthalten bleibt. Die Sozialdemokraten würden geschlossen für den allgemeinen kommunalen Großwahltag stimmen, um die Bevölkerung zu ihrem Rechte zu verhelfen. Bei dieser Gelegenheit brachen die sozialdemokratischen Vertreter auch den Antrag ein, den am Orte verhinderten Wählern das Wahlrecht vom Aufenthaltsorte zu sichern.

Heute tritt der Ausschuss um 2 Uhr erneut zusammen, um in die Einzelberatung einzutreten. Es muß mit allen parlamentarischen Mitteln versucht werden, mindestens die Gemeindevahlen am 2. Dezember zu ermöglichen.

stellte wurde, aus dieser Zeppelinsahrt eine schwarzweihrote Hugenberg-Angelegenheit zu machen. Hoffentlich sieht Herr Dr. Eckener ein, in welche bedenkliche Situation er sich mit der Erteilung eines derartigen Nachrichtenmonopols gebracht hat.

Zeppelin und Doorn.

Eine Falschmeldung.

Die Hugenbergsche Telegraphen-Union hat die Nachricht verbreitet, daß das Luftschiff „Haus Doorn“ überfliegen habe und vom Erzherzog und seiner Frau lebhaft begrüßt worden sei. Eine Bestätigung dieser Nachricht war bis in die späten Abendstunden nicht zu erlangen. Das B.T.B. verbreitete zu dieser Angelegenheit folgende Meldung:

Beim Reichsverkehrsministerium liegt zurzeit noch keine Bestätigung der von einzelnen Zeitungen gebrachten Meldung vor, wonach das Luftschiff „Haus Doorn“ überfliegen worden soll. Hierüber wird zunächst der Bericht des vom Reichsverkehrsminister zur Misfahrt als Passagier entsandten Ministerialrats Mühlh.-Hofmann abgewartet, über den der Reichsverkehrsminister von Götterd erst nach seiner Rückkehr aus Ostpreußen eine Entscheidung wird treffen können.

Wie wir aus Friedrichshafen kurz vor Redaktionsschluß erfahren, ist die Nachricht der Telegraphen-Union falsch. Das Luftschiff hat Haus Doorn nicht überfliegen, sondern ist gerade Kurs nach Rotterdam gesteuert.

Die Art der Berichterstattung der Hugenbergschen Telegraphen-Union richtet sich von selbst. Sie ist ein Teil des Versuches, der Welt durch die Hilfe des Hugenberg-Nachrichtenmonopols ange-

Landbundehe in Bayern.

Man droht schon wieder mit Aufständen!

München, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

In der Eröffnungsfeier der Bayerischen Landesbauernkammer hielt deren Präsident Prieger eine Rede, in der er offen mit Bauernaufständen drohte. Die Geduld der Bauern sei zu Ende, er warne die Reichsregierung und die Parlamente in letzter Stunde. Wenn sie weder den Willen noch die Kraft aufbrächten, den Wünschen der Landwirtschaft zu genügen, so würden die Bauern zur Selbsthilfe greifen, die schwere Erschütterungen unseres Staatswesens mit sich bringen werde.

Aus dieser Drohung spricht weniger die Spitzenvertretung der bayerischen Landwirtschaft als der deutsch-nationale Landbündler, der die zum Teil bestehende Notlage der Landwirtschaft zu einer offenkundigen Hege gegen die funktionslose Reichsregierung mißbraucht. Dieser Präsident Prieger, der für seine Person ein herzlich unbedeutender, aber wohlhabender Herrenbauer aus Unterfranken ist, ist bei den Wahlen am 20. Mai auf der deutschnationalen Liste durchgefallen. Vielleicht hat ihn das nachträglich zu dem Ruf nach Bauernaufständen veranlaßt.

zu verhüten, durch welche die Not der Betroffenen noch vergrößert und die Möglichkeit einer Hilfe für das Wohlfahrtsamt sich noch schwieriger gestalten würde. Kinderreiche Familien sind bezüglich Kleidung und Schuhschick fast ganz auf Beihilfe des Wohlfahrtsamtes oder der freiwilligen Wohlfahrtspflege angewiesen."

Aus behördlichen Kreisen wird bestätigt, daß Arbeiter sogar Wohnungen gemeinnütziger Gesellschaften räumen müssen, weil selbst der künstlich niedrig gehaltene Mietzins für sie unerschwinglich und zu hoch ist. So sieht das Hungerland aus.

Wenn diese Bevölkerung nun aufsteht und im Arbeitskampf eine Besserung in ihrer sozialen Lage verlangt, so kann sie sich darauf berufen, daß ihre Forderung nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich gerechtfertigt ist. Der Lohn in Waldenburg liegt weit unter den Löhnen, die in anderen Bergbaurevieren gezahlt werden. So macht zum Beispiel der Durchschnittslohn im Ruhrrevier für den Sommer 1928 rund 8,82 Mk. aus. Die Differenz kann keineswegs dadurch erklärt werden, daß Waldenburg, verglichen mit dem Ruhrgebiet, billigere Lebensverhältnisse hat. Vor dem Kriege bestand einmal ein Unterschied in den Ernährungspreisen zwischen dem Waldenburger Gebiet und dem Ruhrrevier zugunsten des Waldenburger Reviers in Höhe von 35 Proz. Nach dem Kriege ist aber eine Anpassung der Lebensmittelpreise im Waldenburger Bergland an den Durchschnittspreis im Reich eingetreten. So dürfte gegenwärtig bezüglich der Lebenshaltungskosten höchstens ein Unterschied von 10 Proz. zugunsten der Waldenburger Bevölkerung bestehen. Die Löhne entsprechen in Waldenburg bei weitem nicht den Preisverhältnissen. Der Reallohn steht unter starkem Druck. Unermessliche Not und unerträgliches Elend sind die Folgen.

Der Waldenburger Bergmann ist typischer Industriearbeiter, vor allem gewerkschaftlich und politisch geschult. Diese Bevölkerung wählte schon 1893 den Veteranen der deutschen Bergarbeiterbewegung Hermann Sachse in den Reichstag. Gewerkschaftliche und politische Schulung charakterisieren auch den gegenwärtigen Kampf. Hier gibt es keine kommunistischen Maulhelden und keine Streikbrecher. Das zeigt, daß Not und Elend in dieser spontanen Arbeitsniederlegung ergreifenden Ausdruck gefunden haben.

Vor gut einer Woche besichtigte der Reichspräsident das schlesische Revier. Aus er das fürchterliche Wohnungseld und die bittere Armut sah, brach er in die Worte aus: „Hier muß sofort etwas geschehen, so kann es nicht weitergehen.“ Sowohl, es muß etwas geschehen. Dieses Notstandsrevier darf nicht durch einen langen Streik noch weiter ins Elend gestürzt werden!

Die Stahlhelmquittung.

Er denkt nicht daran!

Der Beschluß der Volkspartei, ihre Abgeordneten aus dem Stahlhelm zurückzuziehen, war mit der Hoffnung verknüpft worden, daß eine Abkehr des Stahlhelms von der Hugenberg-Richtung erfolgen werde. Darauf erhält die Volkspartei von der Reichspressestelle des Stahlhelms die folgende Quittung:

Nachdem sich der Stahlhelm vor zwei Jahren zur politischen Bewegung erklärt hat, die mit politischen Mitteln politische Ziele erstrebt, muß er notwendig in Grenzstreitigkeiten geraten mit den älteren politischen Gebilden, die ihren Monopolanspruch nicht aufgeben wollen. Die gegenwärtige Stellungnahme der Deutschen Volkspartei ist lediglich darauf zu erklären, daß die Deutsche Volkspartei den Eintritt in die sogenannte Große Koalition bezieht, während der Stahlhelm sich als Gegner der Großen Koalition bekannt hat. Die Parteien werden sich daran gewöhnen müssen, die im Stahlhelm verkörperte politische Bewegung als gleichberechtigt anzuerkennen. Der Stahlhelm denkt nicht daran, seine bisherige überparteiliche Haltung aufzugeben, weder zugunsten, noch zumgunsten der Deutschen Volkspartei oder irgendeiner anderen Partei.

Er denkt nicht daran, vom deutschnationalen Hugenberg-Kurs abzuweichen und behandelt die Volkspartei von oben herab im Befehlshaberton.

Schreckenskind Jungdo.

Die Forderung des Jungdoischen Ordens nach der Beseitigung der Beherrschung der Parteien durch Trusts und Konzerne hat bei den Interessenten eingeschlagen. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt auf, die Wirtschaft sei wieder einmal bedroht, sie solle politisch degradiert werden. Das Blatt sagt:

„Die große sozialistische und gewerkschaftliche Offensive zur Gewinnung des inneren Menschen in Deutschland gegen die private Wirtschaft scheint die jungdoischen Positionen schon längst genommen zu haben.“

In der Tat: trotz aller Hugenbergischen Bemühungen gewinnen sozialistische Gedanken gegen die Trustherrschaft in Deutschland immer mehr Boden, sei es in den christlichen Gewerkschaften, sei es im Jungdo.

Das Ende.

Telegramm Ludendorffs an den Reichspräsidenten.

Eine Berliner Korrespondenz meldet: General Ludendorff hat, wie uns mitgeteilt wird, am gestrigen Mittwoch an den Reichspräsidenten v. Hindenburg folgende Depesche gelangen lassen:

„Vor drei Wochen wurde mir freimaurerisches Mordurteil handschriftlich durch Post zugestellt. Es ist Berliner Staatsanwaltschaft übergeben und in „Deutscher Wochenschau“ Nr. 40 am letzten Freitag veröffentlicht. Daraufhin erfuhr ich soeben, daß Mordurteil das Geheimgesetz des Freimaurerbundes „Zur aufgehenden Sonne“ trägt. Um andere Großlogen als unbeteiligt erscheinen zu lassen, hat gerade diese freimaurerische Organisation Urteil geschickt. Mordurteil ist die Antwort der Freimaurerei auf resolute Enttüllung ihrer Verbrechen in meinem Werk „Kriegsbeute und Völkermorden“. Millionen Deutsche erwarten von Ihnen, Herr Reichspräsident, sofortiges Einschreiten und Befreiung des Volkes von der gemeinen Verbrecherpest. Die Erfassung der Täter ist bei raschem Eingreifen für freie deutschblütige Deutsche in den Justizbehörden und in der Staatsanwaltschaft leicht, für Vrr. Freimaurer aber in den Justizbehörden und in der Staatsanwaltschaft wegen freimaurerischer Bindung unmöglich. Bitte um persönliche Bestätigung des Telegramms.“

Sowjetrußland baut weiter ab.

Auch gemischtwirtschaftliche Unternehmungen mit dem Privatkapital.

Wir haben kürzlich über die geradezu dramatisch wirkende Tatsache berichtet, daß Sowjetrußland durch das Verlegen der Wirtschaftsführung sich gezwungen gesehen hat, den größten Teil der kommunalen Monopolbetriebe für Konzessionen an ausländische Privatkapitalisten vorzugeben. Jetzt wird in der halbmonatlich erscheinenden russischen Zeitschrift „Die Volkswirtschaft der Sowjetunion“ von einem weiteren Schritt Mitteilung gemacht, der nach einem weiteren tiefen Schritt der Sowjetregierung erkennen läßt.

Der Kruppkonzern hatte in Rußland, nicht zuletzt zur Sammlung von Erfahrungen für die Erzeugung von für Rußland bestimmten landwirtschaftlichen Maschinen, im Ranzhgebiet eine große landwirtschaftliche Konzession. Zwischen dem Kruppkonzern und dem Landwirtschaftsminister der Sowjetunion wurde jetzt ein Vertrag geschlossen, der die Umwandlung des bisher als reine Konzession bestehenden Kruppunternehmens in eine gemischte russisch-deutsche landwirtschaftliche Gesellschaft „Ranzh-Krupp“ zum Gegenstand hat. Das Kapital der Gesellschaft beträgt 3 Millionen Rubel. Sowjetrußland und der Kruppkonzern bringen je die Hälfte des Kapitals ein. Die Einbringung Krupps besteht in den Vermögenswerten des Konzessionsbetriebes. Außerdem gewährt die Kruppische Konzessionsgesellschaft für die Dauer des Vertrages einen größeren Kredit, mit dem im Auslande Inventar für das gemischtwirtschaftliche Unternehmen erworben werden soll.

An der Spitze der Gesellschaft stehen als Aufsichtsrat 5 Personen, drei Russen und zwei Kruppvertreter. Diese Einflussverteilung sichert aber keineswegs das Übergewicht Sowjetrußlands; denn wenn man sich über den Vorsitzenden im Aufsichtsrat nicht einig sein kann, soll weder ein Kruppvertreter noch ein Russe Vorsitzender werden. Die neue Gesellschaft soll vielmehr unter 5 ausländischen Direktoren, die die russische Akademie der Wissenschaften vorschlägt, den Vorsitzenden auswählen.

Die Errichtung gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen zwischen

dem Sowjetstaat und ausländischen Privatkapitalisten ist eine neue Form der russischen Konzessionswirtschaft. Das kapitalistische System kennt diese gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen auch. Im Deutschland der Vorkriegszeit hat man sogar die gemischtwirtschaftliche Unternehmung, in der sich Privatkapital und öffentliche Hand in den Aktienbesitz teilen, eine Zeitlang für eine zweckmäßige Organisationsform bei der Inangriffnahme neuer öffentlicher Aufgaben angesehen. Seit dem Kriege jedoch sind Staat und Kommunen von der Bildung neuer gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen fast gänzlich abgetrennt, weil die Entwicklung eigener, rein öffentlicher Aktiengesellschaften für den öffentlichen Betrieb weit größere Vorteile bieten.

In Sowjetrußland, wo man den Sozialismus verwirklichen wollte, hätte die Ausschaltung der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungsform eine Selbstverständlichkeit sein müssen, und wenn es sich im Grunde herumdreht, wenn es das ausländische Privatkapital in einer Aktiengesellschaft zusammen mit dem Sowjetkapital vereinigt läßt.

Auch dieser Vorgang ist tragischer Natur. Aber so tragisch er ist, er ist leider nicht ohne tiefe und historische Bedeutungswolle Ironie. Die deutsche Kruppgesellschaft ist gewiß ein solider und schwergewichtiger Repräsentant des deutschen Trustkapitals. Gerade das deutsche Trustkapital will jetzt wieder gemischtwirtschaftliche Unternehmungen gegen das Wachstum der öffentlichen Wirtschaft. Für die Konzessionsgesellschaften konnte Sowjetrußland immer noch in Anspruch nehmen, daß das Privatkapital nur auf bestimmte Zeit zur Erzielung besonderer, aber vorübergehender Wirtschaftseffekte zugelassen sei. Eine gemischtwirtschaftliche Aktiengesellschaft, wie sie hier vorliegt, ist keine Konzessionsgesellschaft mehr, denn Sowjetrußland kann sich nicht gut selbst konzessionieren. Das Bündnis mit Krupp ist ein dauerndes.

Thüringer Justiz.

Ein Stadbrief gegen Dr. Frieders erlassen.

Weimar, 2. Oktober.

Die Staatsanwaltschaft Weimar hat, wie aus dem Stadbriefregister vom 1. Oktober hervorgeht, gegen den früheren Weimarer Oberstaatsanwalt Dr. Frieders, der bekanntlich wegen fahrlässigen Falshelms zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden ist und sich zurzeit in Oesterreich aufhält, einen Stadbrief erlassen.

Die Regierungskrise in Thüringen, die durch die verfassungswidrige Haltung der gestürzten Regierung zum Fall Frieders offen zum Ausdruck gekommen ist, dauert an. Die Justizbureautrieke setzt fort, was die gestürzte Regierung begonnen hat, sie pfeift auf den Beschluß des Landtags, der die Begnadigung von Dr. Frieders fordert. Der Landtag ist vertagt, eine neue Regierung ist nicht vorhanden und die Bureautrieke tut, was sie will.

Dieser Stadbrief hat einen besonderen Zweck. Dr. Frieders wird von Oesterreich nicht ausgeliefert werden, da das österreichische Strafgesetz das Delikt des fahrlässigen Falshelms nicht kennt. Wohl aber gibt der Stadbrief die formelle Handhabe, das Wartegeld für Frieders und seine Familie zu sperren, so daß er samt seiner Familie ohne alle Unterhaltsmittel daheißt. Es ist Rachejustiz, die hier geübt wird — noch dazu verfassungswidrige Rachejustiz.

Der Mann soll völlig niedergebeugt werden.

Der Typ.

Landgerichtsrat Behrmann aus Pommern.

In einem feierlichen Saale sitzen an feierlichem Hufeisentisch in feierlichem schwarzen Talar rund zwanzig hohe preussische Richter. In der Verhandlung, die sie führen, aber fällt alle zehn Minuten ein Wort, das im Vorgesetzten einen rückwärtigen Körperteil bezeichnet, in dessen keineswegs kolossal ist. Manchmal treibt den Vorsitzenden Delikatesse, von dem Wort zu sprechen, das „wie nicht schon wieder gebrauchten wollen“.

Da ist nämlich ein Landgerichtsrat aus Pommern, ganz Korrektheit, ganz hoher Beamter, im schützligen Gut, das G. R. I auf der linken Seite, mit zerklüftem, verblühtem Gesicht, verkniffenen Augen, flacher Stirn und einer trauernden, näselnden Sprache, die er einst, in besseren Tagen, auf dem Kasernenhof sich eingelebt hat. Man sieht von weitem, daß er Stahlhelmer ist, und zwar prominenter Stahlhelmer. In seiner jetzigen Garnison — Verzeihung, im Ort seiner Behörde — schnarrt er abends im Kasino — Verzeihung, am Honoratiorenstisch — das große Wort von nationalen Belangen und vaterländischer Gesinnung, Oberleutnant der Reserve a. D. vom Scheitel bis zur Sohle. Hat er kein Bier ausgetrunken, stellt er das leere Glas auf seinen Kopf, und die Ordmann — Verzeihung, der Kellner — hat heranzuschwimmen. Mit solchem „Kerl“ spricht man doch nicht! Sonst aber ist er, wie gesagt, ein höchst korrekter Beamter.

Die Höhe des Patriotismus steigt gleichlaufend mit der Summe des genossenen Alkohols. Rutgeschwellig, wenn auch leicht torkelnd

Vor fünfzig Jahren.

Polizei und Gerichte arbeiten ...

4. Oktober 1878.

Folgender Fall beschäftigt die Zeitungen: Das Berliner Polizeipräsidium hat der preussischen Armendirektion die Mitteilung gemacht, daß ein 74jähriger Armenempfänger, der gänzlich mittellos ist, „Sozialdemokrat und Trunkenbold“ sei und deshalb eine Unterbringung nicht verdiene. Die Armendirektion hat diese Mitteilung zu den Akten gelegt, da sozialdemokratische Gesinnung kein Grund zur Armenentziehung sei und die angeblende Trunksucht des Greises zu einem Artergebnis nicht geführt habe.

Vor der sechsten Kriminaldeputation des Berliner Stadtgerichts erscheint der in Haft befindliche Redakteur der sozialdemokratischen „Freien Presse“ Pulkrabek, gegen den nicht weniger als 35 Anklagen schweben. Die Verhandlung wird vertagt, der Angeklagte wieder in Untersuchungshaft abgeführt.

und mehr lassend als schnarrend, hält der Landgerichtsrat Behrmann in einer Sitzung des Spartakusbundes, die im Sonderzimmer des Stammtisches tagt, um die mitternächste Stunde eine Rede. „Mit geordnete, bessere Zustände wieder einführen ... Ich, Landgerichtsrat Behrmann, sage Ihnen: Für mich gibt es nur Schwarzweißrot ... Spartakus national verwenden, nicht an die Parteien der Internationale verschleudern ... Nationale Einheitsfront ...“ usw. usw. Ein sozialdemokratischer Stadtorator weist ihn auf die beschworene Verfassung hin, Antwort ist dies unehrbare Wort, das mit A anfängt. Grattex le Russe et vous trouvez le Tatar! Kraut am Ruffen, und ihr werdet auf den Taktoren stoßen! Bist du der Stahlhelmer betrunken sein, und ist werdet den Bod des äußeren Benehmens fallen sehen!

Am nächsten Tag, als der Kopf sich gelübt hat, kommt der große „Moralische“. „Ich bin ja Beamter, ich kriege mein Geld von der Republik, ich hab' das ja nicht so gemeint!“ Entschuldigungen, Vermittlungen, Bitten! Umsonst! Disziplinarverfahren! Ich, wie der Herr Landgerichtsrat plätsch so durch und durch verfassungstreu ist, man meint einen vorbildlichen Republikaner vor sich zu sehen. Wie ein Schulbus, der ungezogen war, sagt er zum Schluss: „Es war doch ein Solal, das immer Schwarzweißrot flaggte. Da konnte ich doch nicht wissen, daß Andersgestirnte da waren.“ Sonst also, meinte er, ruhig schlumpen zu dürfen!

Der Schulbus fand milde Beher in preussischen Disziplinarmat.

Wie sagte doch Seering? Der Stahlhelm weiß, aber heißt nicht! Von darf hinzusehen: Wird ein Anderer energisch, dann zweifelt er!

„Demokratie in der Partei.“

Stalin befiehlt: Mouthalten!

Die Kommunistische Partei hat in Hamburg eine Parteiarbeiterversammlung veranstaltet, um Stellung zum Thälmann-Standal zu nehmen. Wie das Organ des Lenin-Bundes mitteilt, waren die Teilnehmer gesiebt worden, zahlreiche Parteiarbeiter wurden nicht eingelassen. Trotzdem regte sich Empörung. Der „Volkswille“ berichtet:

„Die Tagesordnung wurde durch Beschluß der Versammlung geändert, so daß als 1. die innerparteiliche Lage behandelt wurde, zu diesem Punkt sprach Schneller, Berlin. Schneller stellte sich den Hamburgern als der Mann mit dem unbeschriebenen Fraktionsbuch vor, was ihm allerdings schlecht gelang. Heiße Empörung kam seitens der Versammlung zum Ausdruck, als Schneller bekannt gab,

daß die Bezirksleitung Wasserkanne einen Beschluß gefaßt hat, in dem zum Ausdruck kommt, daß der Bezirksleitung die Beschlüsse des ZK. gegen Preche, Rich und Schar zu hart seien. Ferner hat die Bezirksleitung sämtliche Beschlüsse des ZK. als zu weitgehend abgelehnt.

Aus den Zwischenrufen war deutlich die Stimmung der Parteiarbeiter erkennbar: „Nieder mit der Bezirksleitung!“ „Raus mit der korruptierten Bezirksleitung!“ usw. Nachdem sich der Sturm ein wenig gelegt hatte, erschien Bied, Berlin, als der „Retter der Situation“. Er empfahl der Versammlung den Bericht von Schneller „nur als Information“ entgegenzunehmen und von einer Debatte abzusehen, da ein

Telegramm der Exekutive eingetroffen

sei, welches besagte, daß jede Debatte über Fall Thälmann vor Beschlußfassung der Exekutive unterbleiben müsse. Die Versammlung fügte sich nur sehr unwillig.

Im kommunistischen Vargon heißt ein solcher Ruchbefehl „Demokratie in der Partei“. Was Korruption ist, und wer als Führer vertrauenswürdig ist oder nicht, darüber entscheiden nicht die Parteimitglieder, sondern Stalin. Wenn Stalin Thälmann mit der Ertette „der deutsche Arbeiterführer, die große Kanone“ juridifiziert, hat niemand zu mucken. Moralische Entrüstung bei Kommunisten? Das ist unkommunistisch.

Stalin hat gesprochen. Also, kuschelt euch, ihr Kommunisten!

Der Präsident des Landtages, Genosse Bartels, der bei der Eröffnungssitzung des Landtages am Dienstag noch seine Funktionen als Präsident im Plenum wahrnehmen konnte, wurde am Dienstagabend von Unwohlsein befallen. Er wird voraussichtlich für einige Tage dem Landtag fernbleiben müssen.

Unschuldig im Verbrecheralbum

Ein wahres Reiserlebnis von Johanna Bodmer-Lautenschläger.

Man kann es weit bringen im Leben mit seinem Vertrauen zu den lieben Mitmenschen und seiner eigenen Daseinsberechtigung; — kann sogar mit wenig Mitteln eine große Reise machen; wenn man wie ich eitel Freundschaft in der Welt erfährt — warm einladen wird — und Sonnen- wie Mondschein gratis genießt: Und wie genießt! — — —

Als die herrlichen Bilder des Bodensees und Allgäus zogen in den goldenen Sommerlagen an mir vorüber und mein lebendiger Sinn fotografierte sich alles Erschaute ins Herz.

In einem kleinen Nest des Allgäus weilte ich zuletzt. Zur Zeit der Heimkehr fragte ich den netten Bahnhofsleiter nach nächster preiswerter Verbindung, und zwar zunächst bis Jüterbog, wo ich nicht in der Nacht ankommen will; denn mein Weg führt mich von da noch zur nächsten Kleinstadt, um nach „Gut Hinzengarten“ zu gelangen, wo ich wieder von lieben Menschen herzlich erwartet werde.

Ganz speziell lege ich dem Vorsteher meinen inzwischen eingetretenen Dassel an's Herz. Er schaute in die Kursbücher mit gutem Rat, den ich nun auch befolge.

Und 1/7 Uhr abends lande ich in einer der schönsten Städte Bayerns, übergebe alles dem Gepäckträger zu dem vorgeschlagenen nächsten Zug, der 1/8 Uhr weitergehen soll.

Um 1/10 Uhr geht der nächste, tönt es mir entgegen. „Auch gut“, sage ich und denke harmlos nur an einen kleinen Irrtum des Vorstehers.

Wo löse ich mir ein Billett. „Einunddreißig Mark.“ Ich werde bloß; denn dreiundzwanzig Mark habe ich nur. „Ich hörte, bis Jüterbog kostet es noch keine 20 Mark.“

„Aber es ist doch Erlaubt!“

„Wann fährt denn der beschleunigte Personenzug?“ fragte ich erschrocken.

„Früh 8,02 Uhr.“ — „Nur dieser eine Zug?“ — „Ja.“

„Zum Glück habe ich kein Geld,“ lehne ich ab und belege mich völlig niedergeschlagen zur Wiffion wegen Logis. Das Gepäck hatte ich mühsam zurückerobert und den Koffer abgegeben.

„Logis 2,50 Mark,“ erklärt mir die Wiffionsdame, als etwas Unumstößliches.

Ich erzähle ihr meine Lage. Aufstehend weiß sie keinen Rat. Beim Fremdenlogisnachweis ist das Billigste 3,50 Mark zur Saison, auch im „Christlichen Hospiz“.

Bekanntes aufzufuchen ist es nun viel zu spät geworden. Willig rasselte ich mich in den Wartezimmer, wo man nichts zu verzehren braucht.

Die Dame neben mir, scheinbar eine gute, eingesehene Bürgerin, spricht mich an, wie ich so verzagt dasse. Und plötzlich meint sie: „Woh! eine unglückliche Liebe?“

Eine so sentimentale Sache in meinem Alter macht mich lachen. „Ich habe andere Räte,“ — und erzähle ihr.

„Ach,“ meint sie wohlwollend, „für 2 Mark würde ich Sie schon aufnehmen; wenn mein Zimmerherr es erlaubt. Ihm gehört nämlich eigentlich die ganze Wohnung. Wir treffen uns hier, er kommt gleich.“

Fünfzig Pfennig zu ersparen ist mir tröstlich; ich lasse mir noch allerlei vorshawen von neuer Installation usw. — und die Zimmerdame geht hinaus nach ihrem Herrn zu schauen.

Minuten darauf kommt sie mit einem Herrn wieder. „Er wirft mit Spitzbart und Ausbruch wie ein Künstler,“ muß ich denken. Ruhig prüft er mich, um bedauernd zu verneinen. Mir wurde klar, daß ich da, dank meiner Jahre, einer sehr unangenehmen Situation entgangen, vor der die Wiffion mich nicht bewahrt.

Die Auskunft, daß man um 12 Uhr diesen Wartesaal verlassen habe, dankte ich auch dieser Zimmerdame. Also versuchte ich es nach zehn Uhr noch einmal bei der Wiffion und treffe hier eine einfache Frau, die jemand für ihr 2-Mark-Zimmer sucht. „Also doch,“ triumphiere ich innerlich — und gehe mit. So hatte ich das Glück, endlich einen realen Unterschlupf in einem direkt hübschen, lauberen Zimmer zu finden.

Am nächsten Morgen fühlte ich mich grenzenlos wohl, alle Lebensgeister mit dem Ueberfluß von Mut waren wieder wach. Ich beschloß, noch einen Tag zu bleiben in dieser schönen Stadt und im Notfall meine Uhr als Pfand zu lassen und am Abend den Erlös zu benutzen.

Und bald legte ich zu einer alten Bekannten, die ich sehr verehere. Ihre haben wir uns nicht gesehen. Doch die Herzlichkeit ist die gleiche geblieben.

Ihr Fremdenzimmer ist wie immer von irgendeinem armen Schüler, der zahlungsunfähig ist, bewohnt. Seit Jahren ist es ihre Wiffion, ihr Leibes zu teilen und mit Rat und Tat zu helfen. „Und der Dank?“ fragte ich. „Damit rechne ich gar nicht. Mir hilft der liebe Gott ja auch.“

Diese wundervolle Lebenseinstellung macht mich warm. Aber eine persönliche Bitte aussprechen? Unmöglich.

Zu Bekannten Nummer zwei habe ich zur Vorstadt einen weiten Markt. Auch hier liebe Aufnahme — und eigene Räte. Numero drei ist vertriebt.

Nachdem ich mich halbtot gelaufen, nahe ich mich nochmals der Wiffion mit der Bitte, mir auf meine Uhr etwas vorzustrecken. „Das können wir nicht. Gehen Sie zur Polizei.“ Und lebenswichtig zeigt man mir den Weg.

Ich komme zum Rathaus mit den zum Tanz ansehenden bunten Figuren, das mir unergiebig bleiben wird. Im daranliegenden Gebäuden das „Polizeigebäude“. Im Eingang stehen zwei sehr menschfreundlich aussehende Polizisten. In diese wende ich mich.

„Das Polizeipflegeamt“ ist bereits geschlossen. Aber damit geben wir uns überhaupt nicht ab. Sie müßten Ihre Uhr schon aufs Leihhaus bringen.

„Da muß ich ja noch eine Nacht hierbleiben,“ entfährt es mir tiefbestimmt.

„Wenn Sie Logis suchen, eine Nacht könnten Sie hier auf der Britische zubringen.“ — Und schon sah ich im Geiste jene nette Nachtstube des Grünwaldes vor mir, die ich in später Stunde einmal aufsuchte, um nach unserem verlorengegangenen Hündchen zu fragen. Und ganz gerührt von diesem netten Vorschlag willige ich mit tausend Freuden ein und bedanke mich herzlich bei diesen netten Beamten, die doch noch ein Herz in der Brust haben.

„Wann darf ich kommen?“ — „So um elf Uhr.“ — „Tausend Dank!“

Erst von aller Qual begeben ich mich zum Bahnhof und löse für 10,00 Mark mein Billett.

Leichen, denen man die Hand gibt.

Besuch der Krypten von Dublin.

Es war eigentlich nur im Anfang grauig. Nach den ersten fünf Minuten ging ich mit derselben Ruhe durch die geheimnisvollen Totengänge unter den Mauern Dublins, wie ich eine Stunde vorher die O'Connell Street entlangspaziert war oder, noch stilvoller ausgedrückt, entlangpromeniert, denn die schönste und breiteste Straße der irischen Hauptstadt liebt es noch heute, als die prächtigste Europas dekoriert zu werden. Auto, Kino, Zeitung, Warenhaus, Seidenstrumpf, alle Zivilisation, die der modernen Straße ihr junges und doch etwas blasieretes Gesicht gibt, lag nun hinter mir, und die Toten, die dem Führer und mir jetzt ihre Schädel zugekehrt hatten, ließen die Augen fragen, ob es wirklich nötig sei, ihre Ruhe zu stören. Doch die meisten sahen uns überhaupt nicht an, sondern müde nach irgendeiner Seite, als wären sie gar nicht von dieser Welt, und das waren sie ja nun auch wirklich nicht mehr. Vor tausend Jahren schon haben sie gelebt, geliebt, gelitten, dann war es aus. Vor achthundert Jahren. Vor siebenhundert Jahren. Dann kam das Pech. Die Toten unter der Kirche des heiligen Michan in Dublin fanden keine Ruhe. Und finden sie noch immer nicht. Sie zerfallen nicht. Sie vermodern nicht. Die Luft ist zu gut: erfrischend und gar nicht dumpf. Man schiebt das auf die chemischen Ueberreste eines alten Eichwaldes und hat vielleicht recht, aber ganz Genaues weiß man nicht.

Der Küster war gerade beim Lunch, als ich an seine Tür klopfte, und er hatte zuerst nicht viel Neigung, mich in die seltsame Totenstadt, deren Herrscher er ist, zu führen. Ich fragte ihn, ob ihn denn etwa selbst graue; und in der Eitelkeit schien er nun an seiner wunden Stelle verletzt zu sein, es blieb ihm nur noch übrig, das Gegenteil zu beweisen. So nahm er denn ein schweres, klingendes Schlüsselbund von der Wand, und während nun seine Frau den kalten Braten zerschneidete, was ja eigentlich immer die Aufgabe des Mannes ist, öffnete er, nahe der Kirchenmauer, eine von Gebüsch übermurcherte eiserne Tür, hinter deren Schwelle steile Stufen tief in den Hades von Dublin hinabführten.

Nichts regte sich. Das erste, was die Taschenlampe ausspürte, war in einer der dunklen Kammern ein regelrechter Spinnweben-

wald, zwei Meter hoch, zwei Meter tief, vielleicht einen breit, von der Decke bis zum Erdboden reichend, beim leisesten Hauch in den Kesten und Zweigen erzitternd. Wie es für alles Gesehrte gibt, so gibt es auch welche für Spinnen, und neulich war nun einer hier und hat an dieser Stelle ihr Leben studiert. Besonders interessierte es ihn, wovon die Spinnen eigentlich leben. Er kam zu dem Ergebnis, daß sie sich gegenseitig auffressen. Pui Spinne!

Sonst herrscht in den Krypten seit Jahrhunderten tiefer Friede. Gute Ehemaligenmenschen liegen neben bösen, Staatsmänner neben Handelsleuten, Bischöfe neben Ketzern, brave Bürger neben den Außenleitern der Gesellschaft, auch neben Mördern. Aber keine Hand regt sich gegen die des Nachbarn, und die Geister rebellieren nicht. Die Geister haben sich längst im Jenseits etabliert, und die Hände mit schwarzen Fingerringen am Ende rogen manchmal aus den Särgen heraus, um ins Dunkle zu greifen oder aber um dem Beschauer, wenn er will, guten Tag zu sagen — dem ist es, als ob er Leder ansah.

Bestenfalls bleibt also schwarzes Leder.

Die Knochen fallen schon gar nicht auseinander. Das ist vielleicht nicht nur auf die Luft zurückzuführen. Frische Knochen sind infolge des hohen Kalziumgehalts der Karstoffeisen besonders fest, behauptete neulich Dr. Larkin, ein Londoner Polizeiarzt, vor Gericht.

Und wieviel hundert Menschen liegen hier eigentlich? Es ist schwer festzustellen. Nicht, daß es so wäre, wie in den fürchterlichen Inferno der Knochentammer aus der Boreitohöhe, wo zehntausend nicht identifizierbarer Soldatenknochen ehemals alliierter und deutscher, aber im Tode verwischter Nationen durcheinandergeworfen sind, nur die Schädel sind nach vorn gekehrt — unergiebig ist der Anblick. Hier in Dublin hatten alle ihre Särge. Aber das Holz vermoderte, alles quetscht sich jetzt durcheinander, drängt sich, brückt sich, überall wagt die Taschenlampe auch nicht einzudringen. Einmal fällt etwas Bunties in ihren Lichtkreis, der Ueberrest eines Straußes von Feldblumen. Da hat einmal das Leben den Tod gegrüßt, vielleicht, vielleicht, wir kennen ja den Bringer nicht, wie eine Hoffnung...
Erich Gottgeirou.

Der Wiffion erzähle ich mein Erlebnis. Die nette Frau vom Borobend suchte auch gerade wieder jemand für ihr Zimmer.

„Die Polizei will Sie aufnehmen?“ Es klang förmlich mißtaulich von der Wiffionsdame. „Das ist noch nicht dagewesen.“

Und ich denke stolz: „Ich erlebe doch immer etwas Besonderes. Wie zum Beispiel in Frühen, als ich von Pfronten-Ried aus noch drei Stunden laufen mußte, kommt bald ein Auto, nimmt mich mit. Und in weichen Polstern genieße ich den Ausblick auf Berge und Seen.“

„Sie hätten doch besser auf dem Bahnhof bleiben können, wo Sie gestern waren.“

„Da wird man doch um 12 Uhr rausgeführt.“

„Nein, wenn Sie Ihr Billett haben, nicht.“

Wieder bin ich zu spät eine Schattierung weiser. Jetzt muß ich doch Wort halten und meine nois zur Wiffion: „Auf der Britische liege ich doch besser?“

Beide sehen sich so merkwürdig an, als wenn ihre Blicke sagen wollten: „Ist das eine gefährliche Person — oder ist sie nicht ganz richtig?“ — Und ich denke: „Sind das komische Leute. Einmal etwas Außergewöhnliches geht nicht in ihren Kopf“ — und empfehle mich.

Beruhigt sah ich nun wieder im Wartesaal unter den Obdachlosen und harrte meiner Stunde. Punkt elf Uhr meldete ich mich der Polizei. Ein Beamter führt mich höflich hinein und stellt mich als Obdachlose vor. Ein paar Fragen — und ich werde dem nächstliegenden übergeben.

„Freunde, evangelisch usw.“ — „Papiere?“

„Keine, ich war immer bei lieben Menschen, die mich kennen und habe nur gedruckten Ausweis, meine Schriftstellertorte mit Adresse“, und lege sie vor. „Es könnte auch eine hiesige Bekannte für mich auslegen.“

„Tut nicht nötig. Es ist gut,“ hieß es höflich. „Was haben Sie denn geschrieben?“ — „Leider noch kein großes Wert, nur Artikel, Romane, Gedichte, Aufführungen.“ — So werde ich nach bestandem Examen weitergeführt. Die ich eintrete, spüre ich sofort am Ton, daß ich jetzt zur Nummer degradiert bin. Nochmals werde ich eingetropfen. Mein Gepäck will ich mitnehmen. „Bleibt alles hier; aber sie kriegen es wieder.“ Also gut.

Ich folge dem Beamten. Er klopfte in dem langen unterirdisch wirkenden Korridor an eine der vielen Türen. Die Schließerin tritt heraus — und ihr werde ich übergeben.

Sie führt mich in ein Schmelzschmelz und untersucht mich innerlich und äußerlich resultatlos auf verborgene Dinge. Ich lasse alles über mich ergehen — und es fängt an, mir interessant zu werden.

Jeder Schritt hallt laut auf dem steinernen Kellerkorridor. Die Tür neben der Schließerin wird mir geöffnet und zwei Wolldecken werden mir übergeben. Ich betrete einen hohen kahlen Kistenraum und schon schließt sich die Tür. Sofort rauscht Wasser in den Abzug. Eine Stimme ruft: „Nehmen Sie sich.“

Rasch fülle ich Kanne und Becken und schreie wieder: „Fertig!“ Denn dieses elementare Wasserwaschen die ganze Nacht wäre nicht zu ertragen gewesen. Schnell lege ich mich noch im Raum um.

Zwei lange breite Holzprismen zu trautem Tele-a-Tele mehrerer Genossen. In der Ecke Strohlöcher und Kopskissen engros in blau und weißerzierter Bezug. Da verliert das Licht. Die Außenwelt spendet nur noch einen matten Schein durch das hochliegende kleine Fenster. Ich drehte eine Wolldecke aus, nehme meinen Mantel als Kopskissen und hülle mich in Decke Nummer zwei.

Da lag ich nun und fühlte mich extra geborgen. Denn — was konnte mir hier passieren, so abgeschlossen und umgeben vom Schutz des Staates?

Mit Behagen strecke ich die wehen müden Glieder und ver-gesse bald alles Körperliche, denn der Geist entschwimmt... zwar nicht ins Traumland, aber hierhin — und dorthin.

Es war doch herrlich, so ganz für umsonst sich strecken zu dürfen in so präferer Lage. Es kostet nicht einen roten Pfennig und niemand auf der Welt brauchte man mit seinem Mantel zu behelligen. Und morgen früh reiste man weiter, wenn auch mit

leerem Magen. Einmal mußte das gehen, es gab noch andere Hungerkünstler. Und das Gefühl einer freien Seele überkam mich ganz besonders hinter diesen dicken Mauern.

So gehen Stunden... Dann schloß ich ein. Da — Schritte... Schlüssel raseln im Schloß, Wasser rauscht... Ich fahre auf. Neben mir wird es laut. Zwei Männerstimmen. Ich kann nichts verstehen. Nur der Ton gibt an, daß sie sich zanken und befeuern. Und da durchfährt es mich plötzlich: Wie, wenn ich noch Besuch bekomme? Mir wird angst. Darauf bin ich nicht vorbereitet, ich fühlte mich so sicher.

Kauf Bildung!

Ein gefalteter Flugzettel kam mir heute in die Hände. Seine erste Seite schreit, in abwechselnd roten und schwarzen Reisetexten, den folgenden Text aus:

„Können Sie über moderne Kunst mitreden? Nein! Denn Sie haben die Bücher von Julius Meier-Graefe noch nicht gelesen!“

Es ist der angelehene Piperische Verlag in München, der auf diese Weise eines bekannten und sicher nicht verdienstlosen Schriftstellers Käufer wirbt.

Ich weiß nicht, welche Wirkung dieser Zettel auf das zahlungs-fähige Publikum haben wird, dem die Ausgabe von 100 Mark für ein Buch — und für einen besseren Einband noch mehr — keine wirtschaftlichen Schwierigkeiten bereitet. Aber jedenfalls enthält er eine beherrschende Kulturkritik.

Er appelliert nicht an das sachliche Interesse, sondern an die aufgeregte oder gezeigte Unwissenheit. Nicht an die Leute, die sich belehren wollen, sondern an diejenigen, die so tun möchten, als ob sie die anderen belehren könnten. An jene, die im Salon-gespräch Interesse und Wissen vorpiegelnd wollen, und deren es offenbar mehr gibt als solche, die auf eine geistige Leistung um ihres Gehalts willen ausmerksam zu machen sind.

Der menschenkundige Verleger fragt nicht: Wollen Sie etwas von moderner Kunst wissen? Sondern: Wollen Sie darüber mitreden? Nichtwissen ist so ein Mangel, der zu ertragen wäre. Aber daß man nicht mitsprechen kann, könnte allenfalls kompromittieren. Im gesellschaftlichen Verkehr kommt es nicht auf reale Werte an. Es werden da auch laule Wechsel honoriert, hinter denen keine Zahlungsfähigkeit steht.

Es ist die Psychologie einer Parasitenklasse, für die die äußere Geltung den Inhalt des Daseins ersetzt und der Geist nur noch Amüsement und verlogenen Zeitvertreib bedeutet. In der Sphäre der wirklichen Arbeit gibt es keinen Betrug. Wer in eine Schuh-macherverkstätte einträte, ohne das Handwerk zu verstehen, würde schleunigst hinausbefördert werden, der Improvisator als Dreher im Metallwerk bald um Kopf und Krauen kommen. Anders aber als im Produktionsprozess ist es in der Zirkulation. Hier ist schon Maß für erscheinenden Kredit und für bedenkenlose Reflektion. Und eben-so im Umlauf der geistigen Werte, der sich im bourgeois Salon abspielt. Hier wird leichtes Geplapper statt Wissen gehalten und in Zahlung genommen, die entsetzliche Probe als eigene Meinung, der Zuschnitt der Mode als selbständiger Geschmack.

Und so wird die Frucht eines geistigen Bemühens zum Hand-büchlein des eleganten Benehmens.

Man lernt nie aus.

Mozart komponierte im Alter von zehn Jahren seine erste komische Oper „La finta semplice“ und das heute noch gegebene Singspiel „Bastien und Bastienne“.

Aus dem Steinobolentier werden gegen siebzehn verschiedene Produkte gewonnen.

Der gesamte deutsche Waldbestand hat einen Wert von etwa 10 Milliarden Goldmark.

Die Heuschrecke springt 30mal weiter, als sie lang ist, die Spring-maus kann das 15fache, die Waldmaus das 10fache ihrer Körperlänge überspringen.

Die Ältesten Urgebirge der Erde sind ungefähr 1700 Millionen Jahre alt.

Programmdebatte in Birmingham.

Angriffe der Opposition.

Birmingham, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Mittwochssitzung des Kongresses der Arbeiterpartei fand im Zeichen des von der Exekutive unterbreiteten Programmwurfs, der bereits seit Wochen den Gegenstand der heftigsten Angriffe von der von dem Abg. Maxton geführten Opposition bildet. Macdonald behauptete, es sei um ein allgemeines Partei- und Aktionsprogramm handelte. Es soll die Grundlage für die kommende Wahlpropaganda und für das zukünftige Regierungsprogramm der Arbeiterpartei bilden. Das vorliegende Programm kennzeichnet den Übergang der Partei von der Propagandamaschine zu einer politischen Macht.

Der Parteitag, der mit einem großen Ringen zwischen den Anhänger und Gegnern des Programms geredet hat, erlebte die Enttäuschung, daß die beiden Führer der Opposition, Maxton und Wheatley völlig versagten: Maxton, wie stets mit freundlichem Beifall begrüßt, suchte in leidenschaftlicher Rhetorik nachzuweisen, daß der vorliegende Programmwurf den Bruch des auf der vorjährigen Konferenz gegebenen Versprechens darstelle, die Partei für den kommenden Wahlkampf mit einem Aktionsprogramm und einer kommenden Arbeiterregierung mit einer Marschroute zu versehen. Als zweiter Hauptredner der Opposition betrat der Maxton geistig vielfach überlegene Wheatley die Tribüne. Er legte in seiner bekannten Ruhe den Programmwurf, von dem er behauptete, daß 50 von den 63 Programmpunkten nichts als liberale Politik darstellten. Am Ende dieses Programms stehe nicht Sozialismus, sondern ein gemäßigter Kapitalismus. Wheatleys Rede wurde als der gemäßigteste Schwanengesang dieses einstmalig so einflussreichen Glasgower Arbeiterführers bezeichnet.

Als die Debatte, in der sich die hervorragendsten Führer der englischen Arbeiterbewegung für das Programm aussprachen, beendet war, wurde in dessen Spezialberatung eingetreten.

Volkspartei und Stahlhelm.



Da nimmt der Alte das Messer und spricht kein Wort dabei Und schneidet zwischen beiden das Tafeltuch entzwei! (Ludwig Ulland.)

Berständigung über den 7. Oktober

Seipel gegen innere Abrüstung!

Wien, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

Zwischen den Parteien ist über die Durchführung der beiden Aufmärsche in Wiener-Neustadt eine Verständigung zustande gekommen. Danach verpflichteten sich die Heimwehrverbände, in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, und zwar von Mitternacht bis 8 Uhr früh, in Wiener-Neustadt einzutreffen und auf dem Rangierbahnhof außerhalb der Stadt auszusteigen. Außerdem haben sie auf einem bestimmten Wege zum Turmplatz zu ziehen. Der Aufmarsch muß bis 9 Uhr früh erfolgen. Die Verbände des Republikanischen Schutzbundes treffen bereits am Sonnabend um 6 Uhr abends und um 12 Uhr nachts mit Sonderzügen auf dem Hauptbahnhof in Wiener-Neustadt ein und marschieren von dort aus in ihre Quartiere. Am Sonntag versammeln sie sich um 8 Uhr früh auf verschiedenen Plätzen der Stadt.

Die Kundgebungen selbst sind so geordnet, daß am Vormittag die Heimwehr ihre Kundgebung auf dem Hauptplatz abhält. Sie hat sich verpflichten müssen, ihre Kundgebung gegen 11 Uhr zu beenden. Am Nachmittag ist dann die sozialdemokratische Kundgebung. Während dieser Aufmärsche und Kundgebungen wird eine neutrale Zone gezogen, die durch Sicherheitsorgane hermetisch abgeschlossen wird. Zwischen 11 und 12 Uhr tritt eine Pause ein, damit die Sicherheitskräfte ihre Aufstellung beenden und auch für Ablösung sorgen kann, um am Nachmittag die sozialdemokratische Kundgebung zu ermöglichen.

Der Heimtransport der Formationen des Republikanischen Schutzbundes erfolgt erst, wenn der letzte Zug mit Heimwehrleuten abgefahren ist. Unter diesen Umständen dürften die Kundgebungen ruhig verlaufen.

Die sozialdemokratischen Parteifunktionäre von Wiener-Neustadt haben am heutigen Abend in mehreren Versammlungen die Mitteilung der Vereinbarung mit großem Beifall aufgenommen und die Vereinbarung selbst genehmigt.

Debatte im Nationalrat.

Wien, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion brachte heute im Nationalrat folgende dringliche Anfrage ein:

Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, daß die sogenannten Heimwehren zu einer ernstlichen Gefahr für die demokratische Entwicklung der Republik und für den Frieden im Land geworden sind. Die Heimwehren sind ausschließlich zu faschistischen Formationen entartet, die immer offener mit gewalttätigem Umsturz der republikanischen Verfassung drohen. Diese Entwicklung hat selbstverständlich zur Folge, daß die verfassungstreue republikanische Bevölkerung, besonders die Arbeiterschaft, gezwungen ist, sich gegen diese Gefahr zu wappnen. Angesichts der durch diese Entwicklung heraufbeschworenen Gefahren richten wir an die Bundesregierung die Frage, ob sie bereit ist, Verhandlungen mit den parlamentarischen Parteien über die innere Abrüstung einzuleiten.

Zur Begründung führte Dr. Renner (Soz.) aus, daß die Heimwehren Wegzweige bewaffneter Organisationen seien, für die keine politische Partei die Verantwortung trage und die auch keine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung hätten. Gefährdet würden die Heimwehren von einem Hauptmann Pabst, einem im Deutschen Reich flehentlich verfolgten Hochverräter. Seine Tätigkeit führe zu einer Nazedonifizierung Österreichs. Daher sei es Aufgabe aller Parteien, dieser Entwicklung zu steuern und für die Betriedung des Landes zu sorgen.

Bundeskanzler Dr. Seipel verteidigte zunächst die Heimwehren und erklärte, ihm sei nichts Rechtheiliges gegen sie zu Ohren gekommen! Auch der Major Pabst müsse doch ein ganz anständiger Mensch sein, sonst hätte die deutsche Regierung seine Auslieferung verlangt oder gegen seine Anwesenheit in Oesterreich protestiert. Zu dem Abrüstungsvorschlag erklärte der Bundeskanzler, er glaube nicht, daß die Atmosphäre dafür jetzt günstig sei. Man müsse seine Vorbehalte dazu machen, aber er werde eine schriftliche Einladung ergehen lassen.

Dann sprach für die Christlichsozialen Abg. Runschat, der erklärte, eine Abrüstung wäre nur möglich, wenn gleichzeitig auch

das von den Christlichsozialen beantragte Antiterrorgesetz gemacht würde — ein Gesetz, das sich gegen die Gewerkschaften wendet. Darauf sprach Dr. Bauer (Soz.), der die Lebensgeschichte des Majors Pabst darlegte. Er führte eine Anzahl von Fällen an und zeigte, daß die Heimwehr wirklich staatsgefährlich ist. Sie hat Verhaftungen angeordnet und auch christlichsoziale Gemeinden terrorisiert, Waffen gestohlen und ihre Leute bewaffnet. Die Argumentationen des Bundeskanzlers beruhen darauf, daß er ganz unrichtige Tatsachen anführt. Ein verantwortungsvoller Staatsmann, der Blutergüssen vermeiden will, hätte den Aufmarsch der Heimwehren verbieten müssen.

Dann sprachen noch je ein Redner des Landbundes und der Großdeutschen, die die Argumente der Christlichsozialen wiederholten. Damit war die Debatte zu Ende.

Der Bundeskanzler Seipel hat sich in sehr schlechte Gesellschaft begeben, indem er die Sache des Herrn Pabst zu der seinigen machte. Seine Beweisführung geht fehl. In Wahrheit liegt es so, daß gegen den flüchtigen Eiddreher, Deserteur und Hochverräter Pabst ein Steckbrief erlassen war, der natürlich auch den österreichischen Justizbehörden, sogar ihrer Tiroler Justiz, die der oberbayerischen nicht nur geographisch nahe ist, bekannt wurde. Sie hätten also nach internationalem Recht den Pabst zu verhaften seine Festnahme der zuständigen Strafsverfolgungsbehörde anzuzeigen und nach Einlangen eines Auslieferungsauftrages zu prüfen gehabt, ob die Auslieferung nach ihrem Gesetz zulässig sei. Da die österreichische Verfassung allen politischen Flüchtlingen Asylrecht gewährt — wogegen übrigens die seipeltreue Wiener Schöbernpolizei sehr häufig verstößt, was dann Landeshauptmann Seiz wieder gut machen muß, so wäre eine Auslieferung wegen politischer Vergehen wohl nicht erfolgt. Wenn die Regierung der Republik Deutschösterreich aber nicht ihre selbstverständliche Anstandspflicht erkannte, die überdies auch drüben eine republikanische Staatsnotwendigkeit wäre, ihr Gebiet von Leuten zu säubern, die gegen Eid und Treue die große deutsche Republik umzustürzen versucht und wüste Gewaltakte veranlaßt oder auch selbst verübt haben — dann konnte es wirklich nicht Aufgabe Berlins sein, sie darüber zu belehren.

Ein Aufruf der Sozialdemokratie.

Wien, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Sozialdemokratische Parteivorstand erläßt einen Aufruf, worin er feststellt, daß die Enschlossenheit, dem provokatorischen Aufmarsch der Heimwehrcaschisten im roten Wiener-Neustadt eine machtvolle proletarische Kundgebung entgegenzustellen, ihre Wirkung getan habe: Zuerst wollten die Faschisten eine Generalprobe für den Marsch nach Wien veranstalten, jetzt soll es nur noch ein Werbeaufmarsch sein. Der Sonntag muß zeigen, daß die Arbeiter entschlossen sind, jedem Einbruch des Faschismus eine unübersteigbare Mauer entgegenzustellen. Die Regierung steht obllig unter dem Diktat der Faschisten, um so notwendiger ist es, den Ruf zu erheben: Am Sonntag alle nach Wiener-Neustadt! Wir gehen nach Wiener-Neustadt nicht, um eine Schlacht zu schlagen, sondern um zu zeigen, daß die Arbeiter den Faschisten eine Mauer entgegenstellen können, die unübersteigbar größer ist als das Gefolge der Putzisten. Gewalttätige Zusammenstöße müssen unbedingt vermieden werden. Die Faschisten auf der einen und die Kommunisten auf der anderen Seite möchten aber Zusammenstöße provozieren. Deshalb erklären wir:

Jeder, der gewalttätige Zusammenstöße provoziert, ist entweder ein leichtfertiger Burche oder ein Schutze.

Wir erwarten, daß unsere tapferen Schutzbündler gegen alle Provokation und Gerüchtemacher stark und rücksichtslos einschreiten. Kommt in so ungeheurer Zahl, daß der Aufmarsch der Heimwehren zu einer täglichen Blamose der Putzistenführer wird! Halte! so feste Disziplin, daß der 7. Oktober zur Befundung proletarischer Kraft und Selbstgucht wird und daß alle Provokationen an der Mauer und inneren Kraft der Arbeiterklasse zerfallen.

Nieder mit dem Faschismus! Es lebe die Freiheit! Es lebe die Sozialdemokratie!

Sechs italienische Kommunisten wurden wegen angeblichen Betrugs, die kommunistische Partei wieder ins Leben zu rufen, zu Kerkerstrafen von zwei bis sechs Jahren verurteilt.

Scheut England die Wahrheit?

Veröffentlichung des Flottenabkommens einstweilen abgelehnt

London, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

Der französische Botschafter in London ersuchte die englische Regierung am Mittwoch im Auftrage Briand um die Genehmigung zur sofortigen Veröffentlichung des Flottenkompromisses. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, hat die britische Regierung dieses Ersuchen abgelehnt, weil die Frage der Veröffentlichung des Kompromisses erst in der nächsten Kabinettsitzung, die frühestens am Montag stattfinden kann, entschieden werden soll. Die Mehrheit der Kabinettsmitglieder soll die Ansicht vertreten, daß zunächst das Parlament befragt werden muß, bevor die Regierung einen so entscheidenden Schritt vornehmen kann.

Nordamerika und Sowjetrußland.

Moskau hofft auf Wahrsieg des U.S.A. Großkapitals.

Wie der Ost-Express erzählt, sind die russisch-amerikanischen Beziehungen in letzter Zeit aus dem Zustande der Stagnation herausgetreten, in dem sie sich seit 1917 befunden haben. Von Hoover, mit dessen Wahl zum Präsidenten der Vereinigten Staaten auch in Moskau gerechnet wird, erwartet man als von einem Vertreter des industriellen Großkapitals eine positivere Einstellung gegenüber der Sowjetunion als die seines Vorgängers. Es wird mit Sicherheit angenommen, daß Staatssekretär Kellogg nach der Wahl Hoovers zurücktreten wird. Zu seinem Nachfolger ist der Botschafter in Mexiko Morrow auszuwählen. Morrow wird aufs engste mit dem Bankhaus Morgan hier in Verbindung stehen, das als andere amerikanische Finanzleute regelmäßig Beziehungen mit dem Sowjetstaat. Seine Ernennung zum Staatssekretär würde auch den großen Einfluß des Morgan-Hauses positiv auf dem Gebiet des Außenhandels wirken lassen.

Neben dem steigenden Warenaustausch zwischen Amerika und Rußland weist man auch auf den ständigen Ausbau der amerikanischen technischen Hilfeleistung für die Sowjetindustrie hin. Die amerikanische Ingenieurfirma Hugh L. Cooper Corp., die die technische Beratung beim Bau des Wasserkraftwerks „Dneprostroj“ übernommen hat, dürfte dies auch beim Bau des Wasserkraftwerks „Swirejstroj“ bei Leningrad tun. Außer den bereits bestehenden Verträgen über technische Hilfeleistung mit der Chicagoer Ingenieurfirma Frine (Moskauer und Donezkohlenbeden), der Radio Corporation (Schwachstromindustrie) usw. werden gegenwärtig Verhandlungen zwischen der General Electric Co. und dem Sowjet-Elekttrizitätstrust „S.E.T.“ geführt. Die gütliche Einigung über die Aufhebung der Harriman-Konzession wird ebenfalls als positives Moment bemerkt, wobei man sich auf die Tatsache beruft, daß hinter den Konzessionsverhandlungen zwischen Urquhart und der Sowjetregierung Harriman steht.

Schmerzlichen dürfte die Frage der Entschädigung der amerikanischen Gläubiger Vorkriegsrußlands bereiten. Im Oktober v. J. verhandelte die National City Bank, deren Hauptniederlassung in Rußland, mit der Russischen Staatsbank ein Ergebnis, weil die Staatsbank die Regelung dieser Frage mit dem Abschluß eines Kreditvertrages verbinden wollte. Es wird jedoch erwartet, daß die Sowjetregierung in der Entschädigungsfrage jedw. Zugeständnisse bereit wäre, wenn dies mit greifbaren wirtschaftlichen und finanziellen Vorteilen verbunden ist.

Herriot in Berlin.

Nur zu privaten Studienzwecken.

Der französische Unterrichtsminister Herriot ist gestern vormittag in Berlin eingetroffen. Er befindet sich hier in einer durchaus privaten Angelegenheit, da er Archive und die Staatsbibliothek für sein in Arbeit befindliches Werk über die Beziehungen in Anspruch zu nehmen beabsichtigt. Herriot gedenkt einige Tage in Berlin zu bleiben.

Die Vorarbeiten für den neuen preußischen Haushalt sind so weit gefördert, daß der Haushaltsrat am 19. November dem preußischen Staatsrat zugehen kann. Am 17. Dezember soll er im Landtag vorliegen, so daß dieser ihn noch vor Weihnachten in den Ausschuss schicken kann. — Der preußische Staatsrat tritt am Mittwoch, dem 26. September, zu seiner nächsten Sitzung zusammen. Auf dem Tagesordnung steht u. a. der Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 61 des Vertriebssteuergesetzes vom 4. Februar 1920.

AW-Kongress in Hamburg.

Forderungen an die Gesetzgeber.

Hamburg, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

In der Diskussion hob Buschmann, der Vorsitzende des Deutschen Werkmeisterverbandes, hervor, daß die ökonomische Bedeutung des Arbeitermeisters durch die Rationalisierung eine Wandlung erfahren habe, besonders durch die Anonimierung der Unternehmen. Der Werkmeister, der früher ein direkter Vertreter des Unternehmers war, sei immer mehr in die Rolle des Arbeiters gedrängt worden.

Schröder vom IAW, wies auf die Wandlung der Stellung der Angestellten in der Wirtschaft hin, woraus sich auch unweigerlich eine Verschiebung der Stellung der Angestellten gegenüber der Arbeiterklasse ergeben müsse. Der Kampf zur Überwindung des Kapitalismus müsse gemeinsam geführt werden. Aus der sozialen Tragödie der Angestellten erwachsen den Organisationen besondere Aufgaben, die besonders in der Berufsausbildung liegen, aber das Problem werde zu einem politischen.

Otto von den Bühnengestellten zeigt, daß auch hier die Rationalisierung Maß gegriffen habe. Konora von den Artisten weist auf die wachsende wirtschaftliche Bedeutung des Artistenberufes und auf die Konzentrierung der großen Betriebe des Artistenberufes hin. Emonts von den Bankangestellten zeigt auf, daß in den reinen Angestelltenbetrieben, wie den Banken, die Rationalisierung und Technisierung der Betriebe am meisten vorgeschritten ist. Zur Zeit der Inflation gab es in Deutschland 300 000 Bankangestellte, deren Zahl nach der Deflation im Jahre 1925 auf 100 000 zurückgegangen ist und Ende 1927, nach der Rationalisierung, nur noch 100 000 betrug. Gleichzeitig haben sich die Umsätze um 70 Proz. gesteigert, während die Arbeitsleistung noch erheblich darüber hinaus gesteigert wurde, infolge der Verkleinerung der Durchschnittsziffern von Scheins und Wechseln. In den Großhandbetrieben ist heute auch rein äußerlich der Bankangestellte von dem im Bankbetriebe beschäftigten Monteur nicht mehr zu unterscheiden. Daraus sind die Konsequenzen zu ziehen.

Halbfeil von den Bergbauangestellten bespricht die Folgen der Rationalisierung im Bergbau. Duzende von Zechen wurden stillgelegt und Hunderttausende von Bergarbeitern und Angestellten abgebaut. Er warnt das Reichswirtschaftsministerium, dem Drängen der Zechenbesitzer nachzugeben, das Kohlenwirtschaftsgesetz zu beseitigen. Halbfeil wandte sich dann gegen die unberechtigten Klagen über die Haltung der Arbeitervertreter im Reichskohlenwirtschaftsrat. Diese Klagen seien an die falsche Adresse gerichtet, denn die Vertreter der Verbraucher seien es, die ja eigentlich die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten hätten, aber diese Verbrauchervertreter seien in Wirklichkeit Unternehmervertreter.

Solidaritätserklärung des AW-Kongresses.

3. St. Hamburg, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

Nach einer Begründung durch Sonnenschmidt-Hamburg nahm heute der AW-Kongress eine Sympathie-Erklärung für die streikenden Arbeiter der deutschen Seeschiffswerften an. In dieser Erklärung wird insbesondere

darauf hingewiesen, daß die Angestellten der deutschen Seeschiffswerften seit vier Jahren vergebens um einen kollektiven Gehaltstarif kämpfen, gegen den sich die Werkbesitzer trotz der Schiedsprüche des Reichsarbeitsministeriums widersetzen. Die Angestellten erklären sich mit den Arbeitern solidarisch und wünschen ihnen einen vollen Erfolg.

Ein schwerer Kampf. Auf den Seeschiffswerften.

3. St. Hamburg, 3. Oktober. (Eigenbericht.)

Seit Monaten stehen rund 30 000 Arbeiter der deutschen Seeschiffswerften im Kampf um die Verbesserung ihrer Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit. Damit sind mit Ausnahme von Elbing und Danzig sämtliche deutschen Seeschiffswerften stillgelegt. Auf Grund der Erfahrungen kann man annehmen, daß dieser Kampf von langer Dauer sein wird. Im Jahre 1924 dauerte der Kampf auf den Seeschiffswerften 14 Wochen, der damals gleichfalls um Arbeitszeit und Löhne ging. Er wurde nur mit einem Teilerfolg beendet. Die Werftarbeiter mußten sich mit der 54-Stunden-Woche abfinden.

Der letzte Schiedspruch hat die wöchentliche Arbeitszeit, die bis dahin 52 Stunden betrug, auf 51 Stunden festgesetzt und eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 4 Pf. gebracht. Dieser Schiedspruch ist von beiden Parteien abgelehnt worden. Die Arbeiterschaft verlangt die 48-Stunden-Woche. Sie fordert weiter, daß die Löhne in Hamburg von 83 bis 87 Pf. auf 1 W. die Stunde, und in den übrigen Werften, wo die Löhne 75 bis 81 Pf. betragen, auf 94 Pf. erhöht werden. Es handelt sich dabei um sogenannte Grundlöhne. Die Akkordverdienste (etwa 80 Proz. der Arbeiter sind in Akkord beschäftigt) gehen in Hamburg etwa 20 Proz., im Gesamtdurchschnitt der Werften etwa um 26 Proz. über diesen Grundlohn hinaus.

Die deutschen Seeschiffswerften hatten bei Beendigung des Krieges eine Belegschaft von rund 55 000 Mann, die in 30 Werften beschäftigt war. Heute beträgt die Gesamtbelegschaft rund 50 000 Mann auf 23 Werften. Die restlichen Werften sind stillgelegt worden, und zwar durch Ankauf der Schröder-Bank, der Gründerin des Deutscher-Konzerns. Bei den stillgelegten deutschen Seeschiffswerften handelt es sich keineswegs durchweg um veraltete, unmoderne Werften, die mit Recht dem Rationalisierungsprozeß zum Opfer gefallen sind.

Die Seeschiffswerften in Deutschland sind zum guten Teil durch Aufträge bis zum Monat Mai 1929 und darüber hinaus beschäftigt. Neue Aufträge sind allerdings zuletzt nicht herein gekommen, was wohl zum Teil darauf zurückzuführen sein dürfte, daß die Reedereien die in Aussicht stehende amerikanische Entschädigung abwarten wollen, zum anderen Teil aber, daß man vor Abschluß eines neuen Lohnabkommens keine Aufträge erteilen und es den Werften erleichtern will, zu sagen, sie befänden sich in einer wirtschaftlichen Notlage.

Im allgemeinen kann man sagen, daß die Aussichten für die deutschen Seeschiffswerften keineswegs ungünstig sind, zumal die deutsche Schifftonnage erst 70 Proz. der Vorkriegstonnage ausmacht. Somit ist anzunehmen, daß die Werften neue Aufträge in Aussicht haben. Wie dem aber auch sei, auf beiden Seiten wird mit großer Entschlossenheit gekämpft, und gegenwärtig ist es eine Wackfrage, wie dieser Kampf ausgehen wird. Die Arbeiterschaft, die sich zu etwa 62 Proz. aus Obleuten, zu etwa 16 bis 18 Proz. aus Angelernten zusammensetzt, ist jedenfalls entschlossen, den Kampf nicht eher abzugeben, bis ihre Ziele erreicht sind.

Die Löhne der englischen Werftarbeiter höher als die Löhne der deutschen, wie auch die Arbeitszeitverhältnisse besser sind. Kein wirtschaftlich gesehen, bestehen die Werftarbeiter mit vollem Recht auf die Erfüllung ihrer Forderungen.

Kommunistische Verlogenheit.

Betriebsratswahl bei Drenstein & Koppel, Spandau.

Heute soll bei Drenstein u. Koppel in Spandau die Betriebsvertretung neu gewählt werden. Um die Kandidaten aufzustellen, berief der Obmann der Vertrauensleute die freigewählten Vertrauensleute zusammen. In dieser Sitzung wurden vorgeschlagen, die bisherige Liste in derselben Reihenfolge wieder aufzustellen, womit auch der kommunistische Arbeiter vorstehende in einer vorübergehenden Besprechung einverstanden war. Die jungen Leute in der kommunistischen Fraktion, die im Betriebsrat mitwirkten, desavouierten jedoch ihren Vorstehenden. Sie verlangten, daß nur solche Kandidaten auf die Vorschlagsliste gesetzt werden, die gegen das Schlichtungswesen sind. Sie gestritten, daß ihr Vorstehender sich in dem oben angegebenen Sinne geäußert hätte und warfen einigen der Amsterdamer Richtung angehörigen Betriebsräten Korruption vor. In der freigewählten Vertrauensratsversammlung am nächsten Tage mußte der kommunistische Arbeiterratsvorsitzende selbst erklären, daß die Korruption keine Rede sein könne. Er mußte auch zugestehen, daß er sich in dem in der Vertrauensratsversammlung beklagten Sinne geäußert habe, erklärte aber, daß er dies nur getan hätte, um die Amsterdamer Richtung hinter das Licht zu führen. Mit echt bolschewistischer Verlogenheit hat also die „Kollektive“ gegen seine Klassenossen gearbeitet.

Als unsere Genossen die kommunistischen Anwürfe zurückwiesen, wurde ihnen von der kommunistischen Versammlungsmehrheit das Wort abgeschnitten. Wären unsere Genossen zum Wort gekommen, dann hätten sie festgestellt, auf welcher Seite Korruption zu suchen ist. Sie hätten dann jedenfalls festgestellt, welche Beziehungen die kommunistischen Betriebsräte mit der Direktion haben und wie ausgezeichnet sie es verstehen, ihre eigenen Vorteile zu wahren. Dieses ist natürlich keine Korruption, ebensowenig wie die Prozente beim Verkauf von Strickjacken und Kartoffeln, oder der Bezug von Fleisch, Wein und Zigarren aus der Kantine. Den unrechtmäßigen Bezug von Sitzungsgeldern wollen wir nur andeuten.

Es bleibt natürlich der Belegschaft von Drenstein u. Koppel überlassen, zu beurteilen, auf welcher Seite die Korruption zu suchen ist. Von der Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes ist alles versucht worden, um eine einseitige Liste zustande zu bringen. Die Arbeiterschaft von Drenstein u. Koppel riefen wir den Appell bei der heutigen Betriebsratswahl diesen Ratshelden den verdienten Fußtritt zu verlesen und nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, von denen sie überzeugt sind, daß sie die Interessen der Arbeiter voll und ganz vertreten werden.

Ergebnislose Verhandlungen mit der Nordwestlichen

Die am Mittwoch in Essen geführten Lohnverhandlungen der Metallindustrie Nordwest wurden nach mehrstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen. Am 11. Oktober soll nochmals ein Versuch zur Verständigung gemacht werden.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Altmann; Bemerkungsbewegung: Friedr. Kaiser; Redaktionen: Dr. John Schütz; Holz- und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: Th. Glade; sämtlich in Berlin; Verlag: Bernhardt-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Bernhardt-Verlag; und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68; Einblendkarte: hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

GROSSER BEKLEIDUNGSVERKAUF

Kleiderstoffe

Baumwollstoffe	
Zephir für Sporthemden.....Meter	60 Pf.
Hemden-Barchent gestreift.....Meter	65 Pf.
Velours-Barchent für Hauskleider.....Meter	85 Pf.
Satin ca. 80 cm breit, einfarbig, Meter	95 Pf.
Kunstseide mit Baumwolle, einfarbig, grosses Farbsortiment.....Meter	1 35
Eiderflanell zweifach, gute Qualität..... Meter	1 45
Waschsamt-Imitation, viele Farben.....Meter	1 50
Pyjamaflanell indianisch, aparte Muster..... Meter	1 65
Damassé für Mantel- und Jackenfutter, Meter	1 65
Travers für Blusen und Kleider, sehr modern..... Meter	1 65
Flauschstoffe für Morgenröcke, neue Muster, Meter	1 95

Crêpe-Schotten reine Wolle, neue Stellung, Mtr.	1 65	Veloutine Wolle mit Seide, hochwertige Qualität, neue Farben, Mtr.	6 50
Popeline reine Wolle, viele Farben, Meter	1 95	Mantelstoffe in engl. Geschmack, ca. 140 cm br., Mtr.	6 75
Travers moderner Kleiderstoff.....Meter	2 25	Ottomane schwere Mantelware mit angezählter Aehelte, ca. 140 cm breit, marine, schwarz u. and. Farben, Mtr.	6 90
Blusenflanell reine Wolle, aparte Karos und Streifen..... Meter	3 25	Crepe Jersey reine Wolle, ca. 150 cm br., d. mod. Wollstoff in vielen Farben.....Meter	8 75
Foulé-Karos reine Wolle, ca. 100 cm breit, Mtr.	3 90	Georgette Wolle mit Seide, elegante Kleiderware, neue Herbstfarben..... Meter	9 80
Crêpe de Chine reine Wolle, ca. 130 cm breit, moderne Herbstfarben.....Meter	4 90	Duveline reine Wolle, ca. 140 cm breit, der moderne Mantel- und Kostümstoff.....Meter	14 50

Kleidersamt gute Kopierqualität, ca. 70 cm br., Mtr.	4 50
Satin façonné Kunstseide mit Baumwolle, f. Pelz- und Mantelfutter, ca. 80 cm breit, Mtr.	4 90
Crêpe de Chine Kunstseide, grosses Farbsortiment, doppeltbreit.....Meter	4 90
Crêpe de Chine reine Seide, bedruckt, apart. Must., Mtr.	6 90
Crêpe Satin reine Seide, schwere Qualität, ca. 100 cm breit, Mtr.	9 40
Metall-Brokat m. farb. Effekt, ca. 80 cm br., Mtr.	11 50
Velours-Jacquard in modern. Farben, ca. 80 cm breit, für Gesellschaftskleider... Meter	12 50
Velours-Chiffon in vielen Modelfarben, doppeltbreit..... Meter	13 50

Sprechende Ullstein-Schnitte in allen unseren Häusern

HERMANN TETZ